

Effektive Beantragung von dezentralen Radabstellanlagen in den Bezirken



1. Über dieses Dokument

An der vom Stadtrat beschlossenen Verkehrswende wird seit geraumer Zeit mit Hochdruck gearbeitet. Ein wichtiger Baustein hierbei ist die Förderung von Fuß- und Radverkehr, wozu ebenfalls der Ausbau geeigneter Radabstellmöglichkeiten gehört.

Der RADENTSCHEID MÜNCHEN (REM) fordert in seinem Ziel 4 (= bedarfsgerechte, flächendeckende und sichere Fahrradabstellmöglichkeiten) eine deutliche Verbesserung der Parksituation für Radfahrende.

Die Bezirksausschüsse (BA) nehmen hierbei eine Schlüsselrolle ein, da Anträge je nach Situation in den Bezirken bedarfsgerecht und an den richtigen Stellen durch die BAs beantragt werden können. Da jedoch das Einreichen von BA-Anträgen für erwünschte Radabstellmöglichkeiten nicht nur für die Mitglieder der BAs, sondern auch für die Stadtverwaltung mit zeitaufwändiger Arbeit verbunden ist, soll das gesamte Antragsverfahren standardisiert und für alle Beteiligten vereinfacht werden.

Das Team Radabstellanlagen des REM hat sich in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung zum Ziel gesetzt, die Anträge der BAs so einfach wie möglich zu gestalten, damit sie effektiver und zeitsparender bearbeitet werden können. Hierfür wurde ein Standardformular für die Beantragung von Radabstellanlagen sowie der vorliegende Leitfaden mit Zielsetzung, Erläuterungen und Hinweisen erstellt.

2. Mehrwerte von Radabstellanlagen für die Bezirke

2.1 Verbesserung der Situation auf den Gehwegen

Auf den Gehwegen im Münchener Stadtgebiet gibt es leider für Fußgänger*innen, Menschen mit Sehbehinderung, mobilitätseingeschränkte Menschen und Eltern mit Kinderwagen viel zu häufig unangenehme oder sogar gefährliche Situationen durch zu viele, manchmal auch chaotisch abgestellte Fahrräder.

Die „Gesamtkonzeption Fahrradparken in München“ sieht für zu Fuß Gehende eine nutzbare Gehwegbreite von mindestens 1,80 m (besser 2,00 m) vor. Menschen mit Sehbehinderung sollten sich außerdem an der Häuserkante als Führungslinie orientieren können – dies ist aber in vielen Straßen aufgrund von abgestellten Zweirädern nicht möglich, hier beträgt die nutzbare Gehwegbreite oft nur wenig mehr als einen Meter.

Der REM empfiehlt deshalb den BAs, durch den gezielten Ausbau geeigneter Radabstellanlagen, die Situation auf den Gehwegen für zu Fuß Gehende zu verbessern. In Betracht kommende Flächen für Radabstellanlagen sollten von einer kleinen BA-Mitgliedergruppe identifiziert, dokumentiert, fotografiert und dem BA-Gremium zur Abstimmung vorgelegt werden.

2.2 Verbesserung der Sichtbeziehung in Kreuzungen und Einmündungen

Seit dem 25.04.2018 gilt in München das strategische Ziel der „Vision Zero“, d. h. null Verkehrstote als Leitkonzept des Münchener Verkehrsmanagements⁽¹⁾. Um diesem Ziel näherzukommen, hat der Stadtrat in seinen Koalitionsvereinbarungen beschlossen, durch freie Sichtbeziehungen in Kreuzungen und Einmündungen die Verkehrssicherheit zu erhöhen⁽²⁾.

Moderne, überdurchschnittlich hohe Pkw, Campingbusse, Wohnmobile, Mini-Vans und Kastenwagen, die vor Einmündungen geparkt werden, machen die Sicht in alle Richtungen und auf den gesamten Verkehr nicht nur für Radfahrende, zu Fuß Gehende, Kinder und Rollstuhlfahrende, sondern auch für Autofahrer*innen oft unmöglich. Autofahrer*innen ihrerseits sehen beim Abbiegen eben genannte Verkehrsteilnehmer*innen erst spät.

Wird der letzte Pkw-Parkplatz vor der Einmündung umgeformt und mit Fahrradbügeln versehen, verbessert sich einerseits die Sichtbeziehung in die Kreuzung, andererseits werden Räder dann nicht mehr auf Gehwegen abgestellt und an Ampeln oder anderen Straßenschildern im Kreuzungsbereich angeschlossen und damit zum Hindernis.

Der Austausch des REM mit der Stadtverwaltung hat ergeben, dass die Umwandlung dieser kreuzungsnahen Pkw-Parkplätze in Radabstellanlagen (in Tempo 30 Zonen) relativ einfach zu realisieren ist.

Der REM empfiehlt deshalb den BAs, die Verkehrssicherheit im Bezirk durch diese einfache Maßnahme zu verbessern. In Betracht kommende Knotenpunkte sollten von einer kleinen BA-Mitgliedergruppe identifiziert, dokumentiert, fotografiert und dem BA-Gremium zur Abstimmung vorgelegt werden.

3. Empfehlungen an die BAs für die Antragsstellung

Im Dialog mit der Stadtverwaltung und mithilfe der Unterstützung einiger Mitglieder des BA2, konnten die folgenden Empfehlungen an die BAs für das Beantragen von Radabstellanlagen erarbeitet werden.

3.1 Vorgehensweise für die Beantragung von Radabstellanlagen

1. Der Bezirk sollte von einer 3-4-köpfigen Gruppe aus BA-Mitgliedern in kleine (also wenige Straßen umfassende) Viertel unterteilt werden, die aktiv abgegangen werden.
2. An den gewünschten Standorten sollte der Radabstellplatzbedarf festgehalten und fotografiert werden.
3. Für die Auswahl der Standorte sollten die identifizierten Kriterien (siehe Liste unten) berücksichtigt werden.
4. In den Anträgen sollten Standortwünsche gebündelt werden, empfohlen werden 8-12 Standortwünsche in einem Antrag.
5. Die Anträge sollten zur einfacheren Bearbeitung durch die Stadtverwaltung in einem standardisierten Formular eingereicht werden.
6. Nachdem das Antragsbündel dem BA-Gremium zur Abstimmung vorgelegt wurde, kann es an die Stadtverwaltung geschickt werden.

3.2 Kriterien für die Standortauswahl

1. Bereiche, in denen die nutzbare Gehwegbreite von mind. 1,80m durch abgestellte Räder, Lastenräder usw. unterschritten wird.
2. Bereiche und Knotenpunkte (Kreuzungen, Einmündungen, ÖPNV-Haltestellen), an denen durch Umformung von Pkw-Stellplätzen in Radabstellplätze die freie Sichtbeziehung und damit die Verkehrssicherheit im Kreuzungsbereich erhöht wird.
3. Bereiche, in denen der Zugang zu Schulen, Märkten und Einrichtungen mit viel Publikumsverkehr vereinfacht wird.
4. Bereiche, in denen die Sichtbeziehung für Fußgängerquerungen vor der Querung in Fahrtrichtung verbessert wird und der ankommende Verkehr so beobachtet werden kann.
5. Bereiche, an denen das Straßenbegleitgrün durch abgestellte Räder übermäßig strapaziert oder sogar vernichtet wird (Ziel: Klimaschutz).
6. Auch Einbauten wie Sitzbänke, Straßenlaternen oder Schaufenster sollten frei von geparkten Rädern bleiben.

3.3 Allgemeine Hinweise zur Beantragung

- An Stellen, die für sog. Schanigärten in Frage kommen (auch wenn diese noch nicht existieren), sollten die Radabstellplätze etwas versetzt von der Kreuzung beantragt werden.

Die Erfahrung zeigt, dass spätestens bei einer Zusage für einen Schanigarten sonst Anträge eingehen, die Radbügel wieder zu entfernen.

- Radbügel sollten, wenn möglich, in Seitenstraßen mit Tempo 30 und nicht in Hauptstraßen geplant werden, weil das Abstellen dort sicherer ist und weniger bauliche Maßnahmen erfordert.
- Durch Bündelung der Standorte (8-12 Standortwünsche auf einmal) verringert sich die zeitaufwändige Vor-Ort-Begehung von Einzelstandorten.
- Bei der Erfassung der Standorte sollten aussagekräftige Fotos (die den Bedarf verdeutlichen) gemacht, die genauen Standorte und die Anzahl der gewünschten Radbügel festgehalten werden.

3.4 Hinweis zur Pkw-Parkplatzumformung

Ein Pkw-Parkplatz entspricht 4-5 Radbügeln für 8-10 Räder, je nach Anlage. Zu beachten ist: Es muss für die Verwaltung unmissverständlich klar sein, um welchen umzuformenden Parkplatz es sich handelt. Aus diesem Grund ist ein konkreter Vorschlag wie z.B.: „1. Parkplatz Ostseite an der Kreuzung zur X-Straße“ oder „2 Pkw-Parkplätze, Y-Straße vor Nr. Z, Nordseite, direkt vor dem XY Supermarkt“ wesentlich hilfreicher, als eine vage Beschreibung wie: „an der Kreuzung“.

4. Tipps für die Benutzung des Standardformulars für die Antragstellung

- Alle blauen Felder können ausgefüllt oder nach Wunsch geändert werden.
- Der gesamte Antrag an die Stadtverwaltung sollte 5MB nicht überschreiten, weshalb die Fotos entsprechend verkleinert werden sollten, bevor sie ins Formular eingefügt werden.
(Verkleinerung der Fotos: Foto mit Standardbildbetrachtungsprogramm öffnen – rechts oben auf die drei Punkte klicken – „Größe ändern“)
- Das angehängte Beispielformular versteht sich als Ausfüllhilfe für das Standardformular.

Quellen: (1) <https://muenchenunterwegs.de/content/308/download/beschluss-zum-verkehrssicherheitskonzept-vision-zero.pdf>
(2) <https://spd-rathausmuenchen.de/ueber-uns/die-koalitionsvereinbarung/S.14>

Der Radentscheid bedankt sich schon im Voraus für Ihre Kooperation und steht bei Fragen gern zur Verfügung:

Isabel Imhof: Isabel.Imhof@greencity.de
Dr. Stefan Schwärzler: stefan.schwaerzler@mytum.de
Katharina Baumbusch: Katharina.Baumbusch@gmail.com